

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Bildungspolitik

Nr. 070/08 vom 28. Februar 2008

Sylvia Eisenberg zu TOP 18: Berufliche Bildung hat einen Stellenwert an sich

Sperrfrist: Redebeginn.

Es gilt das gesprochene Wort.

Wir befinden uns im Jahr der beruflichen Bildung. Das konnten wir an der Anzahl der Ver-anstaltungen zur beruflichen Bildung mittels des vom Bildungsministerium erstellten Plakates feststellen, aber auch anhand der Vorstellung der beruflichen Schule Niebüll und der Preisverleihung für das beste LoGo für diese Veranstaltungsreihe am Dienstag. Leider waren weder Abgeordneten der FDP noch der Grünen noch des SSW dort anwesend. Die CDU begrüßt ausdrücklich die Fokussierung auf die berufliche Bildung in diesem Jahr und wir werden soweit es uns möglich ist, dieses auch durch Besuche an beruflichen Schulen unterstützen.

Vielleicht war das der Anlass für Bündnis 90/die Grünen, sich auch einmal mit beruflicher Bildung zu beschäftigen, ansonsten steht ja nur die Forderung nach Gemeinschaftsschulen auf Ihrem Plan. Einen anderen Anlass kann ich jedenfalls nicht erkennen. Die Befragung der jeweiligen Verbände zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der FDP im Bildungsausschuss hat jedenfalls keinen Anlass für die Forderungen der Grünen nach sog. „neuen Perspektiven der beruflichen Bildung“ ergeben, wie sie in der Drs 16/1869 niedergelegt sind gegeben.

Die berufliche Bildung hat einen Stellenwert an sich. Sie ist keine akademische Ausbildung, sie ist in Ausnahmefällen, und die sollen auch Ausnahmefälle bleiben, keine alleinige schulische Ausbildung. Berufliche Bildung ist eine auf berufliche Praxis ausgerichtete Bildung. Gerade die Verbindung zwischen Theorie und Praxis ist der wesentliche profilbildende Bestandteil der beruflichen Bildung. Damit bildet die berufliche Bildung die 3. Säule des Bildungssystems. Sie ist auf Durchlässigkeit angelegt, neben der Berufsausbildung in Schule und Betrieb können sowohl der Haupt- als auch der Realschulabschluss erworben werden, auch die Fachhochschulreife in der FOS und dem beruflichen Gymnasium. Das Abitur ist ebenfalls auf 2 Wegen (BOS und berufl. Gymnasium) möglich. Diese 3. Säule unseres Bildungssystems wollen wir als CDU erhalten. Es ist in Verbindung mit der Ausschöpfung des neuen Schulgesetzes und dem Bündnis für Ausbildung ein in sich geschlossenes, transparentes und durchlässiges System.

Insofern bedarf es Ihrer Aufforderung in Punkt 4 nicht. Dieses System ist offen für gesellschaftliche Veränderungen, reagiert flexibel auf die regionalen Unterschiede, wie wir sie in Schleswig-Holstein haben, und bietet passgenau in Verbindung mit Unternehmen und Betrieben berufliche Bildungsgänge an.

Und nun zu den weiteren Punkten Ihres Antrag: Wo verstecken sich eigentlich die sog. "neuen Perspektiven" - ganz abgesehen von der Frage, ob neue Perspektiven und Forderungen im Moment zwingend notwendig sind. Die Punkte 1 und 2 Ihres Forderungskataloges sind für uns nicht neu. Wie bereits oben gesagt, preferieren wir die Ausbildung im dualen System. Das ist nach wie vor der Hauptaufgabe der beruflichen Schulen. Wir bedanken uns bei Unternehmen und Betrieben, auch in diesem Jahr zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Unser Dank gilt besonders den Ausbildungsakquisiteure von IHK und Handwerkskammern, die sich insbesondere um zusätzliche Ausbildungsplätze zu bemühen.

Bleiben in Ihrem Antrag im Absatz 3 die Forderung nach einer „Produktionsschule“ i. V. mit § 43 Berufsbildungsgesetz mit vergleichbaren Anteilen in Betrieben und überbetrieblichen Ausbildungszentren, die Forderung nach einer 4 jährigen polyvalenten Ausbildung und die Wiedereinführung des verpflichtenden 10.Schuljahr für alle. Die Ausweitung des §43 Berufsbildungsgesetzes hinsichtlich schulischer, also staatlicher, Berufsausbildung mit Kammerprüfung haben wir bereits in der LT-Sitzung vom November 06 abgelehnt, da Erfahrungen aus anderen Bundesländern gezeigt haben, dass eine weitere Ausweitung die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe zurückdrängt. Die Erfahrungen aus Dänemark, auf die Sie immer zurückgreifen, helfen uns da auch nicht weiter, denn die skandinavischen Länder kennen die duale Ausbildung nicht. Ein Projekt „Produktionsschule“,

soeben beim CJD in Malente mit Unterstützung des Arbeitsministeriums und der ARGE Ostholstein gestartet, kann neben den Berufseingangsklassen und dem ausbildungsvorbereitenden Jahr nur ein zusätzliches Instrument zum Auffangen derjenigen sein, die mehrfach keine Lehrstelle bekommen haben. Schon deshalb eignet es sich nicht für die von Ihnen in der PM vorgeschlagenen 3. Säule des Berufsbildungssystems.

Was bleibt also von Ihrem Antrag übrig? Die so genannte polyvalente 4-jährige Ausbildung, die sowohl eine duale Berufsausbildung als auch eine Ausbildung zum Abitur umfasst. Diese Forderung ist auf den ersten Blick bestechend. Allerdings blinken bei mir beim Ausdruck „polyvalent“ schon wieder die Warnleuchten, die Bildungspolitiker unter Ihnen denken sich ja sicher auch mit Grausen an das Hin- und Hergeziehe im Bereich der Lehrerausbildung. Wie dem auch sei, eine duale Berufsausbildung, das heißt eine Ausbildung in Schule und Betrieb, in Verbindung mit einem auf Bildungsstandards ausgerichteten Abitur, ist meines Erachtens in vier Jahr nicht möglich. Falls Sie aber eine vierjährige vollzeitschulische Ausbildung in Verbindung mit einem Abi-Abschluss meinen, so kann ein solcher Berufsbildungsgang nur in den Berufen angeboten werden, die keine Lehrlingsausbildung aufweisen, also für die so genannten Assistenzberufe. Sonst entziehen wir dem Lehrstellenmarkt die besten Azubis, und das darf nicht sein, meine Damen und Herren.

Das in Schleswig-Holstein, in Heide, Schleswig und Kiel-Gaarden erprobte triale Modell, das Sie offensichtlich nicht kennen, ist eine sinnvolle Antwort auf die Verkürzung von Berufsausbildung und Studienzeit, und das sollten wir ausweiten.

Bleibt das von Bündnis 90 / Die Grünen verpflichtende 10. Schuljahr für alle, das betrifft die Hauptschüler und ist laut SchulG vor genau einem Jahr abgeschafft worden. Hauptschüler, die eine Ausbildungsstelle bekommen und das sind in der Regel die besseren, nehmen diese mit Kusshand an, weil sie in der Regel erst einmal von der Schule die Nase voll haben. Aber auch wohl wissend, dass sie weitere Berechtigungen im Rahmen der Berufsschule erwerben können, wenn sie es denn wollen. Für diese ist das 10. Schuljahr sinnlos. Für schwächere Haupt- und Realschüler gibt es nach dem neuen Schulgesetz die Flex-Klassen, in denen ab der 8. Kl. bis in die Berufseingangsklassen das „Handlungskonzept Schule-Arbeitswelt“ greift. Über Coacher soll und wird auf die beruflichen Möglichkeiten und die Ausbildungsreife hingearbeitet. Das ist ein passgenaues Angebot, so wie wir es immer haben wollten. Weshalb alle Schüler nun bis zum 10. Jahr die Schulbank drücken sollen, erschließt sich mir nicht.

Ihre Presseerklärung und das dort graphisch dargestellte angeblich überschaubare System zeigen, dass Sie tatsächlich nur wieder in Strukturen

denken und passgenaue Angebote, die es ja gibt und die gerade für das Land Schleswig-Holstein mit seiner unterschiedlichen regionalen Struktur notwendig sind, nicht wahrnehmen wollen. Und dass Sie der beruflichen Ausbildung die schulische vorziehen. Und das genau wollen wir nicht. Alle zusätzlichen staatlich finanzierten Maßnahmen bzw. Bildungsgänge ziehen die besseren Jugendlichen vom Lehrstellenmarkt ab und stellen eine Verstaatlichung des Ausbildungsmarktes dar. Auch das will die CDU nicht, abgesehen davon, dass das System wesentlich teurer ist.

Ich will mich einer weiteren Bewertung des Antrages von Bündnis 90/ die Grünen enthalten. Es lohnt sich nicht. Mit meiner ausführlichen Befassung mit den einzelnen Punkten wollte ich nur deutlich machen, dass die CDU den Antrag und die darin enthaltenen Forderungen ablehnt.